

POSTULAT von Hanspeter Amstutz (EVP, Fehraltorf), Nancy Bolleter-Malcom (EVP, Seuzach) und Hans Fahrni (EVP, Winterthur)

betreffend Massnahmenpaket zur Verbesserung des Jugendschutzes im Bereich des illegalen Cannabishandels

Der Regierungsrat wird eingeladen, wirkungsvolle Massnahmen zur Verbesserung des Jugendschutzes im Bereich des illegalen Cannabishandels zu treffen.

Hanspeter Amstutz
Nancy Bolleter
Hans Fahrni

Begründung:

Cannabis ist für viele Jugendliche zu einem verbindenden Symbol der Ablehnung einer als kalt empfundenen Leistungsgesellschaft und zu einem Zeichen für ein teilweises Nichteintreten-Wollen in die Erwachsenenwelt geworden.

Nach der extremen Verteufelung von Cannabis in den letzten zwanzig Jahren scheint nun eine ebenso oberflächliche Verharmlosung dieses Suchtmittels stattzufinden. Jugendliche, die sich in der Ablösungsphase der Pubertät oft in einem labilen Gleichgewicht befinden, können sich bei regelmässigem Cannabiskonsum nicht mehr aus depressiven Phasen herauslösen und dadurch schulisch stark nachlassen. Übereinstimmende Beobachtungen von Volksschul- und Berufsschullehrkräften zeigen, dass bei jugendlichen Intensivkonsumenten die psychischen Antriebskräfte meist blockiert sind und Gedächtnisstörungen auftreten können.

Die Belastung des heutigen Schulalltags vieler Klassen der Sekundarstufe 1 und 2 durch Suchtmittel konsumierende Jugendliche ist erheblich und beeinträchtigt die Schulqualität. Bei den Jugendlichen selber scheint die gegenwärtige Banalisierung von Cannabis zu einer heillosen Verwirrung bei der Einschätzung THC-haltiger Suchtmittel geführt zu haben. Cannabisprodukte werden in jeder Hinsicht als ziemlich unbedenklich eingestuft, was einem unkontrollierten Suchtmittelkonsum geradezu Vorschub leistet.

Vielorts stecken die Behörden den Kopf in den Sand, wenn gewissenlose Händler Minderjährige mit Cannabisprodukten versorgen und saftige Gewinne einstecken. Die Patt-Situation bei der Frage der Cannabis-Legalisierung hat viele politische Verantwortliche offenbar so gelähmt, dass der Jugendschutz im Bereich des Cannabis zu einer Farce geworden ist.

Aus den genannten Gründen bitten wir den Regierungsrat, im Sinne eines wirkungsvollen Jugendschutzes notwendige Aufklärungsarbeit zu leisten und mit gezielten Massnahmen den Verkauf von Cannabisprodukten an Jugendliche zu unterbinden.